

## Frühlingssession 2025: Empfehlungen von pro-salute.ch zu gesundheitspolitischen Geschäften des Ständerates

Datum	Nummer	Geschäft	Empfehlung	Begründung
6.3.	<a href="#">24.4077</a>	Mo. Poggia. Für die Reserven in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung endlich einen nationalen Fonds einrichten	<b>Annahme</b>	<p>Konsumentinnen, Patienten sowie Prämien- und Steuerzahlende haben ein berechtigtes Interesse daran, dass Entscheidungen und Handlungen im Gesundheitswesen klar kommuniziert werden und nachvollziehbar sind. Ein nationaler Fonds würde sicherstellen, dass die Reserven der Krankenkassen unter einheitlichen, transparenten Standards verwaltet werden und nicht als spekulative Rücklagen einzelner Versicherer ungenutzt bleiben. Dadurch erhalten die Versicherten einen besseren Einblick in die Verwendung ihrer Beiträge.</p> <p>Die Einführung eines nationalen Fonds für die Reserven in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung ist ein zweckmässiger Schritt für mehr Transparenz, Fairness und Effizienz im Schweizer Gesundheitssystem. Sie fördert eine gerechtere Prämiengestaltung, schützt die Interessen der Versicherten und verbessert die Nachvollziehbarkeit finanzieller Entscheidungen. Wir sprechen uns daher für die Annahme der Motion aus.</p>
19.3.	<a href="#">22.4357</a>	Mo. Nicolet. KVG. Stärkung der Grundversorgung dank eines besseren Angebots an Hausärztinnen und Hausärzten	<b>Annahme</b>	<p>Die Aufwertung der Hausarztmedizin im Bereich der Tarife ist von zentraler Bedeutung, da dies eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass sich angehende Ärztinnen und Ärzte für dieses Fachgebiet entscheiden, anstatt den Weg der Spezialisierung zu wählen. Der Bundesrat begründet seine ablehnende Empfehlung u.a. damit, dass es keine Gesetzesanpassungen brauche, da es Sache der Tarifpartner sei, die Tarife zu erarbeiten und anzupassen. Wir kommen zum Schluss, dass es gleichwohl richtig ist, der Motion zuzustimmen: Der Rat sendet damit eine klare Botschaft aus, dass die Tarifgestaltung für die Attraktivität des Berufs entscheidend ist. Dies wiederum ist im Interesse der Bevölkerung, insbesondere in ländlichen Gebieten: Es gilt, die dezentrale Erstversorgung zu erhalten.</p>

pro-salute.ch, die Stimme der Patientinnen und Patienten, Konsumentinnen und Konsumenten sowie der Prämienzahlenden